

Originalveröffentlichung in: Edgar Wolfrum, Mentalitätsumbruch und Wertewandel in Ost- und Westdeutschland während der 60er- und 70er-Jahre, in: Frank Möller/ Ulrich Mähler (Hg.), Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte, Metropol, Berlin 2008, S. 43-60.

Mentalitätsumbruch und Wertewandel in Ost- und Westdeutschland während der 60er- und 70er-Jahre

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Edgar Wolfrum, Heidelberg

MÖLLER: In zeitgeschichtlichen Darstellungen gelten die 60er und die 70er-Jahre in Deutschland als *die* Jahrzehnte des gesellschaftlichen Umbruchs schlechthin. In diesem Zeitabschnitt haben sich bis dahin weitgehend verbindliche Werte verschoben und Mentalitäten entscheidend verändert. Bevor wir in unserem Gespräch auf diese Veränderungen im Einzelnen zu sprechen kommen, scheint es mir sinnvoll zu sein, zunächst nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen zu fragen, vor deren Hintergrund sie überhaupt heranreifen konnten. Beginnen wir im Westen: Wie ist es zum Ende der 50er-Jahre um die Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft mit Blick auf die ihr zugrunde liegenden Normen und Werte bestellt?

WOLFRUM: Es ist eine Zeit, in der sich die westdeutsche Demokratie zunächst stabilisieren musste. Man darf nicht vergessen: Die Bundesrepublik war 1949 noch ein überaus labiles Gebilde und territorial zudem sehr künstlich gestaltet. Sie verstand sich selbst als Provisorium, und dies war ernst gemeint. Einen Staat solchen Zuschnitts und Zustands hatte es in der Geschichte der Deutschen bis dahin nicht gegeben. Auch die insgesamt fast zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, denen die Politiker eine Rückkehr in ihre Heimat versprochen, trugen zur Instabilität der Bundesrepublik bei; wie würden sich diese Neubürger auf Abruf verhalten? Außerdem belastete das Vorherrschen alter Leitbilder den neuen Staat – der Nationalsozialismus in den Köpfen war ja nicht von heute auf morgen einfach verschwunden. Im Gründungsjahrzehnt von 1949 bis 1959 standen Politik, Institutionen und Gesellschaft deshalb vor der schwierigen Aufgabe, diese noch sehr

wackelige Demokratie institutionell, aber auch hinsichtlich demokratisch legitimer Verfahrenstechniken zu stabilisieren und auf ein festes Fundament zu stellen. Diese Phase reichte bis Ende der 50er-/Anfang der 60er-Jahre. Dann begann eine neue, eine sehr dynamische Zeit, die zudem von einem Generationenwechsel begleitet wurde. Es ist in der Forschung immer wieder diskutiert worden, welche Generationen in der Geschichte der Bundesrepublik eigentlich die wichtigsten gewesen seien. Es zeigt sich im Rückblick auf den Anfang der 60er-Jahre, dass vor allem die „1945er“-Generation – das sind jene Menschen, die in den 30er-Jahren geboren und noch durch den Nationalsozialismus gegangen waren, sich deshalb um ihre Jugend beraubt fühlten und sich nach ihrer Desillusionierung nachdrücklich für die neue Demokratie engagierten –, am Ende der 50er-Jahre/Anfang der 60er-Jahre mehr und mehr an die Schalthebel von Medien, Politik, kurz: an die Hebel der Macht gelangte. Dies verpasste der Gesellschaft eine neue starke Dynamik. Deswegen ist diese Zeit als eine große Wende- und Umbruchzeit für Westdeutschland zu veranschlagen, mentalitätsgeschichtlich, aber auch in politischem Sinne.

MÖLLER: Man kann also sagen, dass das obrigkeitstaatlich fixierte Denken, das in den 50er-Jahren noch ganz stark verbreitet ist, im Laufe der 60er-Jahre in zunehmendem Maße erodiert?

WOLFRUM: Prinzipiell kann man das so sagen, ja. Aber ein solches Denken, solche Prägungen und Mentalitäten verschwinden eben nicht einfach so. Eine immer wieder gestellte wichtige Frage lautet: Wie vollzieht sich eigentlich Gesellschafts- oder Mentalitätswandel? Vermutlich gibt es mehrere Möglichkeiten. Ein solcher kann sich vergleichsweise ruhig über eine – im Sinne der Annales-Schule um Fernand Braudel – *longue durée* vollziehen, also über eine lange Dauer; er kann sich aber genauso durch starke Brüche oder Schockerlebnisse plötzlich und abrupt vollziehen. Der Mauerbau 1961 ist zum Beispiel ein solches Schockerlebnis für die Deutschen, bei dem man sich bewusst wurde, dass Ost- und Westdeutschland sich ab diesem Zeitpunkt stark auseinander entwickeln würden. Und ein Mentalitätswandel vollzieht sich vor allen Dingen vor dem Hintergrund eines Generationenwechsels, mit einer neuen Generation brechen meistens auch neue Ideen, Werte und Normen durch. Deshalb sind Generationenwechsel oftmals (zeit-)geschichtliche

Scharniere, an denen man feststellen kann, dass es zu einem Wertewandel, zum Wandel von Alltagsnormen und zu einer Veränderung von Lebensgefühlen kommt. Hinzu können schließlich Skandale treten und zu Beschleunigern des Wandels werden. Die Affäre um das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, im Zuge derer sich das Magazin aufgrund eines kritischen Artikels über die Bundeswehr einer Strafverfolgung wegen Landesverrats ausgesetzt sah und verboten wurde, war beispielsweise solch ein Ereignis, das zum Beschleuniger wurde, ein Ereignis, bei dem etwas aufbrach. Das Abschleifen obrigkeitstaatlicher Traditionen in Westdeutschland hat natürlich auch etwas damit zu tun – diesen Aspekt muss man deutlich hervorheben –, dass die Wirtschaft seit den 50er-Jahren so immens stark wuchs, ja boomte, und es den Menschen immer besser ging. Man kann diesen Zusammenhang auf den Nenner bringen, dass die Demokratie – anders noch als in der Weimarer Republik – für die Deutschen nicht zuletzt deshalb so beliebt wurde, weil sie nicht nur eine neue Staatsform war, sondern gleichzeitig Wohlstand und Konsum versprach und dieses Versprechen einzulösen vermochte. Eben deshalb gab es eine langsame, allmähliche Aussöhnung mit der Demokratie. Aus den ehemaligen Volksgenossen des „Dritten Reiches“ konnten nach und nach halbwegs gute Demokraten werden; das hängt untrennbar mit der wirtschaftlichen Prosperität und mit dem Ausbau der Sozialpolitik in den 50er-Jahren zusammen.

MÖLLER: Die Spiegel-Affäre, die Sie angesprochen haben, datiert ins Jahr 1962, also noch in die Ära Adenauer. Welche Folgen hatte sie für das Staats- und Normenverständnis in Westdeutschland bzw. für die Veränderung dieses Verständnisses?

WOLFRUM: Die Spiegel-Affäre lag in der Endphase der Ära Adenauer, und mit ihr war tatsächlich ein Punkt erreicht, an dem man bemerkte: Die Ära Adenauer – diese sehr autoritär ausgestattete Kanzler-Demokratie – geht zu Ende. Es gab natürlich mehrere Indizien für diese Endzeit, aber die Spiegel-Affäre war ein ganz wesentliches Indiz. Im Zuge der Spiegel-Affäre wurde deutlich, dass in der westdeutschen Demokratie offenbar ein Sinn für die Bedeutung der vierten Gewalt gewachsen war, ein Sinn dafür, dass Pressefreiheit und Meinungsfreiheit zum Kanon der Grundrechte gehören. Dieses Bewusstsein war ganz neu in der deutschen Geschichte, gleichzeitig korrespondierte es mit Gegenläufigkeiten.

Adenauer versuchte ja in dieser Zeit, eine Art Staatsfunk zu schaffen, eine Fernsehanstalt zu etablieren, die mehr oder weniger zum Regierungssender werden sollte. Da prallten plötzlich Welten aufeinander. In der Spiegel-Affäre erkannten viele Menschen, die nicht unbedingt den Spiegel lasen oder ihn mochten, die vielleicht sogar konservativ eingestellt waren, mit einem Mal, dass Pressefreiheit ein zu schützendes Gut für die Demokratie ist. Insofern war die Spiegel-Affäre nicht nur wichtig für den Spiegel selbst oder für die Presselandschaft im Allgemeinen, sondern hier brach insgesamt etwas auf, hier begann sich etwas zu wandeln. In einem Satz: Sie signalisierte Veränderungen im öffentlichen Selbstverständnis der BRD und kann als Katalysator bei der Ablösung einer eher konservativen durch eine liberale Staatsauffassung betrachtet werden. Anschließend ging es ja sehr schnell zu Ende mit der Ära Adenauer, und die Zeiten wurden politisch unruhiger. Man kann durchaus eine Linie von der Spiegel-Affäre bis zur außerparlamentarischen Opposition der Jahre um 1968 ziehen.

MÖLLER: Später wird unter den Bedingungen der Großen Koalition erneut heftig gestritten. Diesmal geht es um die Frage, wie weit der Staat bei der Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten und Rechten gehen darf, kurz: Es geht um die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Was machte im Jahr 1968 den Kern dieser Auseinandersetzung aus, und was lässt sich über die Breite des damaligen Widerstands gegen die Notstandsgesetze sagen?

WOLFRUM: Ich würde gerne etwas grundsätzlicher beginnen. Notstandsgesetze sind, auch für demokratisch verfasste Gesellschaften, nichts Unnormales. Notstandsgesetze waren für die Bundesrepublik etwas Unnormales, aber alle demokratisch verfassten Länder verfügen natürlich über Notstandsgesetze, die nicht nur für den Kriegsfall gelten, sondern eben auch für Naturkatastrophen oder große Unfälle, was immer man sich unter Notständen vorstellen kann. Dafür sind solche Ausnahmeregelungen, Notstandsgesetze, da. Die Bundesrepublik war insofern etwas Außergewöhnliches, weil sich die westlichen Alliierten bis dahin diese Rechte bei einem eventuellen Notstand selbst vorbehalten hatten; sie hätten eingegriffen, wenn sich in der BRD irgendeine Katastrophe ereignet hätte. Insofern war es legitim und auch richtig, zu versuchen, diese noch alliierten Rechte nun für die Bundesrepublik selbst zu

reklamieren und damit an Souveränität zu gewinnen. Das Problem bei den Notstandsgesetzen ist natürlich – und insofern haben sie zu Recht heftige politische Debatten ausgelöst – dass vor der Folie der untergegangenen Weimarer Republik und des Nationalsozialismus vor einer Einschränkung von persönlichen Freiheits- und Grundrechten gewarnt werden musste. Das schaukelte sich weiter auf und führte zu immensen Protesten. Der Widerstand wuchs nicht zuletzt deshalb, weil zum einen die Notstandsgesetze unter den gegebenen Verhältnissen nur von einer Großen Koalition beschlossen werden konnten – dazu war eine Grundgesetzänderung notwendig – und weil zum anderen die Große Koalition von 1966 bis 1969 zwangsläufig die linken und rechten Ränder des politischen Spektrums stärkte. Die linke Außerparlamentarische Opposition, die APO, sah die Demokratie somit von zwei Seiten bedroht: von der Großen Koalition, der im Parlament nur eine Mini-Opposition gegenüber stand, und von den Notstandsgesetzen.

MÖLLER: Waren solche Politisierungsschübe, die im Verlauf der Spiegel-Affäre und der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung deutlich geworden sind, notwendige Vorläufer für eine massenhafte Einmischung von Bürgern ins politische Geschehen, wie sie dann während des Bundestagswahlkampfes 1972 in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß zum Ausdruck kam?

WOLFRUM: Ob sie in dieser Vehemenz notwendig waren oder nicht, dies ist eine schwer zu beantwortende Frage. Aber sie weisen zumindest den Weg dorthin. Und es zeigt sich, dass in den 60er-Jahren und in den frühen 70er-Jahren – man kann die Linie auch bis zur Entstehung der sozialen Bewegungen Mitte der 70er-Jahre ziehen – in der westdeutschen Gesellschaft der Anspruch auf mehr Mitsprache, auf mehr Partizipation immer deutlicher artikuliert wurde. Zunächst bündelte sich alles wie unter einem Brennglas in dem bekannten Wort von Willy Brandt aus seiner Regierungserklärung 1969: „Mehr Demokratie wagen“. Bei der Bundestagswahl von 1969 kam natürlich noch einiges andere hinzu. Es ging insbesondere auch um den neuen Kanzler Willy Brandt, der zum einen von mehr Demokratie sprach – und zwar fast so, als hätte man noch gar keine „richtige“ – und zum anderen die absolute Kontrastfolie zu seinem Vorgänger Kurt Georg Kiesinger bot. Brandt: aus dem Widerstand gegen Hitler kommend, Kiesinger: NSDAP-Mitglied. Hier war auch in den

beiden führenden Personen ein Polarisierungs- und Skandalisierungspotenzial sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite angelegt. Dies kulminierte in einer großen Bewegung pro Brandt, in deren Zuge bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 die höchste prozentuale Wahlbeteiligung erzielt wurde, die es je in der Bundesrepublik gegeben hat. Die Entwicklungsstufen bis zu dieser Wahl waren natürlich wichtig, aber man muss sich auch vor Mythenbildungen in Acht nehmen, gerade wenn es um die 68er-Bewegung geht. Die Aktivitäten in den Universitätsstädten Berlin, Frankfurt, München oder Heidelberg waren bedeutsam und standen im Mittelpunkt des medialen Interesses. Es gab 1968 aber natürlich auch ruhigere Regionen in Deutschland, in denen nichts von dem politischen Aufbruch zu spüren war. Man sollte nicht nur die Ausgipfelungen betrachten, man muss das Ganze sehen. Und es war nicht etwa so, dass 1968 in allen Orten der Bundesrepublik Straßenkämpfe stattgefunden hätten.

MÖLLER: Wir haben bis jetzt über die Entwicklungen in der Bundesrepublik gesprochen. Wenn wir nun diejenigen in der DDR in den Blick nehmen, dann können wir zunächst von den gleichen Ausgangserfahrungen der Einzelnen mit Obrigkeitsstaat, mit NS-Zeit, mit dem Systemzusammenbruch ausgehen. Sind diese gemeinsamen Erfahrungen wirkungsmächtig genug gewesen, um in der DDR in den 60er-/70er-Jahren ähnliche Trends hervorzubringen oder anders gefragt: Entstehen daraus in der DDR – natürlich unter den ganz anderen Systembedingungen – vergleichbare Partizipationsbegehren und Politisierungen wie im Westen?

WOLFRUM: Trends ist dafür das richtige Stichwort. Das Auseinanderleben von West und Ost begann ja schon in den 50er-Jahren, und der Mauerbau sowie der damit verbundene Schock waren dann wirklich einschneidend. Aber in den 50er-Jahren gab es tatsächlich noch vielfältige Ähnlichkeiten und Verbindungen zwischen West und Ost. Man kann den ostdeutschen Aufstand vom 17. Juni 1953 nennen. Da ging es um ähnliche Werte, Demokratie, freie Wahlen, auch Wiedervereinigung. Die Ost- und Westdeutschen waren sich vier Jahre nach Staatsgründung und acht Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch sehr, sehr ähnlich. Sämtliche Versuche einer Sowjetisierung der ostdeutschen Gesellschaft haben in den 50er-Jahren nur ganz allmählich gegriffen. Erst nach dem Mauerbau, der Verbindungen brutal kappte und zwar vom politischen bis in

den familiären Bereich hinein, wurde dies anders. Danach, so kann man sagen, lebte die DDR-Gesellschaft eingesperrt unter einer Art Käseglocke, und die beiden deutschen Staaten sowie die Deutschen selbst entfernten sich zwangsläufig immer weiter voneinander. Das heißt, die gemeinsamen Trends, die es in den 50er-Jahren noch gab, wurden vom SED-Regime künstlich getrennt, so dass die beiden Deutschlands ab da eigentlich nur noch schwer miteinander zu vergleichen sind. Im Westen eine Amerikanisierung und im Osten, nach dem Mauerbau, eine forcierte Sowjetisierung, die nie die Durchschlagskraft der Amerikanisierung erreichte, aber dennoch auch die Mentalitäten und die Alltagsnormen der ostdeutschen Bevölkerung nachhaltig prägte. Gleichwohl gab es im gesamten Verlauf der DDR-Geschichte immer auch Dissidenz, Opposition und Widerstand. Der größte Teil der Menschen jedoch fragte sich: Was soll man tun, wenn man in der DDR lebt? Man war eingesperrt, man musste sich nicht unbedingt mit der SED-Diktatur arrangieren, aber man musste davon ausgehen, dass man nicht mehr weg kam, sondern sein ganzes weiteres Leben in diesem Staat verbringen musste.

MÖLLER: Trotz dieser Einsperrung gab es Kontakte und auch kulturelle Einflussnahmen, auch wenn die meist nur in eine Richtung gingen. Ich denke da jetzt vor allem an jugendkulturelle Strömungen, an Rockmusik zum Beispiel. Wie weit werden westliche Rockmusik und das damit verbundene Lebensgefühl in der DDR rezipiert?

WOLFRUM: Die Frage ist, inwieweit so etwas in der DDR überhaupt rezipiert werden konnte oder durfte. Die SED versuchte solche „bürgerlich-degenerierten“ Tendenzen natürlich abzublocken bzw. ihre Jugend, die sozialistisch, „rein“ und von einer höheren Moral beseelt sein sollte, davor abzuschotten oder sie ging repressiv gegen widerspenstige Jugendliche vor. Auf der anderen Seite wurde natürlich die politische Führungsschicht schnell gewahr, dass man in der DDR nicht auf einer „Insel der Glückseligen“ lebte, sondern dass sich die neuen westlichen jugendkulturellen Strömungen aufgrund des Vorhandenseins der neuen Massenmedien, also durch Fernsehen und durch Radio, gar nicht abblocken ließen. Auffällig ist, dass einige westliche Kulturgüter in der DDR im Grunde genommen in gezähmter Art aufgenommen wurden. Die SED war auch zu Zugeständnissen bereit, so ließ man sogar eine Schallplatte der Beatles pressen. Es gab auch in der DDR Jeans, es gab nicht nur die

blauen FDJ-Blusen, sondern eben auch Blümchenblusen für Frauen, Flower Power, nicht ganz so bunt wie im Westen, aber immerhin. Und den Minirock sah man in der DDR ebenfalls. Er war nicht ganz so kurz wie im Westen, aber er existierte. Also: eine gezähmte Adaption westlicher Kulturgüter. Dann feierten in den 70er- und 80er-Jahren schließlich auch bekannte Rockbands in der DDR ihre Erfolge, wie die 1969 gegründeten „Puhdys“ oder die 1975 gegründete Band „Karat“, die durchaus Tendenzen westlicher Rockmusik aufgenommen und weiter entwickelt hatten. Auch hier zeigt sich also wieder ganz auffällig, dass viele Versuche einer Veröstlichung der DDR im Kulturbereich, einer Sowjetisierung, im Grunde genommen ins Leere liefen. Das Muster und das Vorbild stellte immer der Westen dar, sowohl in der Musikrezeption als auch bei anderen kulturellen Ausprägungen.

MÖLLER: Ich selbst bin im Westen sozialisiert, Jahrgang 1954, und erinnere mich noch ganz gut an die Widerstände, die zum Beispiel das Hören von Rockmusik hierzulande im Elternhaus, in der Verwandtschaft ausgelöst hat. Es gab ja im Westen auch Versuche, dem Protestpotenzial, das in dieser Musik steckte, etwas Entschärftes entgegenzusetzen. Ich denke da etwa an Schlager von Peter Kraus, Conny Froboess, Rex Gildo und anderen. In der DDR gab es meines Wissens eine ähnliche Tendenz. Es gab die Singebewegung, es gab das „Festival des politischen Liedes“, das zwischen 1970 und 1990 jedes Jahr im Februar als offizielle Veranstaltung der FDJ in Ostberlin stattfand. Gibt es möglicherweise deutsch-deutsche Parallelen beim Versuch einer Entschärfung jugendkultureller Hör- und Ausdrucksweisen?

WOLFRUM: Sie haben vollkommen Recht, hier lassen sich einige Parallelen entdecken. Allerdings führten solche Versuche im Westen allenfalls zu temporären Erfolgen und sind ansonsten allesamt früher oder später gescheitert. Das geht schon los mit Bill Haley, der die erste weiße Spielart des Rock 'n' Roll kreierte, und der Halbstarke-Bewegung in den 50er-Jahren. Es wurde zum Beispiel versucht, diese bedrohlich erscheinende Bewegung etwa über Peter Kraus in nationale Traditionen einzubinden, mit dem Schlager zu versöhnen. Dies ging eine Zeitlang gut, aber dann wollte man doch das Original sehen und hören und nicht die eher blasse deutsche Kopie. Dieses Beispiel verweist darauf, dass Kultur ja nicht plötzlich durch große Einfallstore irgendwelche Nationen oder Kontinente

überspült, sondern dass es eigentlich immer über verschiedene Etappen geht, dass zunächst Mischungsverhältnisse entstehen zwischen dem, was man hat, und dem, was von außen kommt: Elvis Presley, Bill Haley, später dann die Rolling Stones. Man hat auch in der DDR versucht, das, was von außen kam, einzuordnen und umzumodeln in eigene Traditionen. Sie erwähnten die Singebewegung; dies war ein solcher Versuch, Jugendliche auf „saubere“ Art und Weise singen und Gitarre spielen zu lassen. Aber das Ergebnis war fad und manchmal peinlich. Langfristig lassen sich jugendkulturelle Bewegungen von solchen politischen Abwehraktionen eigentlich nicht anstecken. Insofern sind diese Versuche zum Scheitern verurteilt gewesen. Der Ostblock und die DDR öffneten sich schließlich seit den 70er-Jahren sukzessive für westliche Rockbands. Das mag als Zückerchen für die unruhig gewordene Jugend gedacht gewesen sein, als „goldener Angelhaken“. Aber nachdem die Jugend im Osten erst einmal an diesem Angelhaken hing, wollte sie natürlich mehr haben. Das heißt, es hat nicht zur Beruhigung geführt, sondern eigentlich eher zu einer neuen Dynamik und zu einer neuen Unruhe innerhalb der DDR und auch innerhalb der osteuropäischen Gesellschaften insgesamt.

MÖLLER: Wenn man nach dem ideologischen Kern fragt, auf dem die Revolte eines wachsenden Teils der Nachkriegskinder im Westen beruhte, dann kann man so etwas wie einen westlich geprägten Marxismus ausmachen. Was waren die Elemente, die diesen vom Marxismus östlicher Prägung unterschieden?

WOLFRUM: Der schweizerische Filmregisseur Jean-Luc Godard hat es ja treffend auf den Begriff gebracht – es seien die „Kinder von Karl Marx und Coca Cola“, die hier auf die Straße gingen. Alles trat unter dem Schlagwort „Neue Linke“ an und war aus den Vereinigten Staaten herübergeschwappt, vor allem über die großen Universitäten in Kalifornien. Es ist einfach und schwierig zugleich zu erklären, was hier passierte. Schwierig vor allem deshalb, weil die meisten damals in diesem Konglomerat aus Ideen und Gedankengebäuden mitgeschwommen sind, ohne alles genau zu verstehen. Manche verstanden sicherlich gar nichts, denn vieles war so krude, dass man es kaum noch nachvollziehen konnte, aber es war eben schick, es ging gegen „das Establishment“, das vor Schreck zusammenzuckte. Der Unterschied zwischen den beiden „Marxismen“ ist nun folgender: Der alte Marxismus ist immer unter dem zentralen Begriff

der „Ausbeutung“ interpretiert worden. Marxismus wendet sich gegen Ausbeutung – so lautete die zentrale Botschaft. Die Neue Linke hingegen interpretierte Marxismus anders, nämlich unter dem Begriff der „Entfremdung“, Entfremdung durch Konsum et cetera. Das ist der erste große Unterschied: Entfremdung statt Ausbeutung als Fokus, Perspektive und Leitidee. Und der zweite große Unterschied besteht in der Veränderung der Trägerschicht. Das „revolutionäre Subjekt“ war nun nicht mehr das Proletariat, sondern die Intelligenz, sollten die jungen Leute, die Studierenden sein. Als dritter Punkt kam die Hinwendung zur „Dritten Welt“, zu den Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“ hinzu, was dazu führte, dass plötzlich Freiheitskämpfer wie Che Guevara, Ho Chi Minh oder Mao Zedong, zum Teil also recht problematische Gestalten des 20. Jahrhunderts, zu Vorbildern avancierten. Die westliche Jugendrevolte mit diesem ganz merkwürdigen neuen Marxismus löste sich damit völlig von Entwicklungen, die wir in dieser Zeit in Ost- und Ostmitteleuropa verfolgen können. Als 1968 der „Prager Frühling“ ausbrach und bundesdeutsche Studenten mit Che Guevara-T-Shirts nach Prag fuhren, konnte es gar kein Gespräch mehr geben zwischen denen in Prag, die sich gegen die Unterdrückung und „Ausbeutung“ durch die Sowjetunion wandten, und den westlichen Marxisten, die das Weltgeschehen unter dem Aspekt von „Entfremdung“ und Guerillakampf interpretieren wollten. Es herrschte eine große Sprachlosigkeit.

MÖLLER: Wurde diese westliche Lesart des Marxismus denn überhaupt irgendwo im Osten rezipiert? In der DDR beispielsweise?

WOLFRUM: Wenig bis gar nicht. Der einzige Ansatzpunkt, an dem es möglich gewesen wäre, stellte die Blickrichtung auf die „Dritte Welt“ dar. Denn natürlich hielten sich auch die DDR und die Sowjetunion immer zu Gute, in der „Dritten Welt“ die sogenannten Befreiungsbewegungen gegen die alten Kolonialmächte zu unterstützen. Das reichte von den Palästinensern bis nach Cuba und Angola. Aber der Kern jenes unter dem Fokus von Entfremdung interpretierten Marxismus stand natürlich völlig konträr zu dem Geschichts- und Gesellschaftsbild Ostdeutschlands. Insofern gab es hier auch keine größeren Überschneidungen. Und die Neue Linke ihrerseits hatte mit dem Marxismus kommunistischer Prägung, wie er in Osteuropa und der DDR zum Ausdruck kam, so gut wie nichts am Hut.

MÖLLER: Wenn wir nach den Grundlagen für die Veränderung von Mentalitäten und für den Wandel von Werten in Ost- und Westdeutschland sprechen, dann sollten wir die Entwicklungen im Bildungsbereich und in deren Folge auch die Bildungsexpansion der 60er-/70er-Jahre nicht außer Acht lassen. Rückblickend kann man feststellen, dass im Verlauf der 60er-Jahre der östliche Teil Deutschlands da zunächst sehr viel eher den Takt vorgegeben hat als der Westen. Was waren die Ursachen für den zeitweiligen bildungspolitischen Vorsprung der DDR und für den später so diagnostizierten Bildungsnotstand im Westen?

WOLFRUM: Grundsätzlich ist es so, dass beide deutsche Staaten in einem ständigen Wettbewerb, in Konkurrenz zueinander standen. Wer verfügt über das bessere Modell, wer hat die Nase vorn? Das lässt sich sowohl im Bereich der Sozialpolitik als auch im Bereich der Bildung sehr gut verdeutlichen. Die DDR hielt sich immer zu Gute, dass sie der Bundesrepublik sowohl sozialpolitisch als auch bildungspolitisch weit überlegen sei, zumindest gilt das für die 50er- und 60er-Jahre. Breite Allgemeinbildung, gute Ausbildung für den Arbeiter- und Bauernsohn und die -tochter – das war Programm und Ideologie in der DDR, und dies wurde auch so vollzogen. In der Bundesrepublik hat man die Bildungspolitik dagegen lange Zeit vernachlässigt. Anfang bis Mitte der 60er-Jahre erschreckten dann umfassende internationale Studien – im Grunde genommen vergleichbar mit den heutigen PISA-Studien –, nach denen die Bundesrepublik bildungspolitisch weit abgeschlagen, etwa auf der Stufe von Uganda rangierte, also Entwicklungsland war. Dieses Ranking löste natürlich blankes Entsetzen aus. So wird auch verständlich, warum der Pädagoge und Religionsphilosoph Georg Picht von der „Bildungskatastrophe“ sprach und dieser Begriff rasch zu einem geflügelten Wort wurde. Der erste Ausgangspunkt dafür, dass sich am Bildungsnotstand etwas ändern müsse, war ökonomischer Natur. Im Systemwettbewerb zwischen Ost und West – Sie müssen daran denken, wir haben 1957 auch den „Sputnik-Schock“, der Osten scheint dem Westen technisch und intellektuell überlegen zu sein und erobert sogar das Weltall – ging es immer auch um die Ressource Humankapital. Die ersten Überlegungen zur Verbesserung der Bildung, zur Bildungsexpansion in der Bundesrepublik waren also ökonomisch bedingt und im Rahmen des Systemkampfes zwischen Ost und West zu verorten. Die Diskussion weitete sich in der

Folgezeit rasch aus – bis hin zu Ralf Dahrendorfs berühmtem Diktum „Bildung ist Bürgerrecht“. Bildung wurde seither auch als Voraussetzung für politische Partizipation begriffen und als Ausweis einer lebendigen Demokratie. Hinzu kommt, und das wurde zu einem ganz entscheidenden Argument auch für politisches Handeln, der Babyboom, den wir in den 60er-Jahren sehen. Die Fragen, sie sich damit stellten, waren ebenso einfach wie klar: Was machen wir mit diesen vielen jungen Leuten? Wie bilden wir sie aus? Wie nutzen wir ihre Talente? Der Babyboom wirkte sich ganz stark reformverschärfend aus, es musste etwas passieren. Und es passierte tatsächlich seit Ende der 60er-Jahre ganz Erhebliches: Neubau von Hochschulen, Ausbau von Schulen und Neueinstellung von Lehrern, neue Bildungspläne und -inhalte. Nach meiner Auffassung ist diese Bildungsexplosion einer der wesentlichsten Kerne, um zu erklären, wieso es in der Bundesrepublik seit der zweiten Hälfte der 60er-Jahre und verstärkt in den 80er-Jahren zu einem Mentalitätswandel und zu einem Wertewandel gekommen ist. Der Grund ist, dass jetzt ganz neue Bildungsschichten erschlossen wurden. Am meisten profitierten davon Kinder aus Mittelschichtfamilien, und wenn man es geschlechterspezifisch aufspalten möchte: Frauen. Junge Frauen waren die großen Profiteure dieser Bildungsexplosion. Und dies hat natürlich ganz weit reichende Auswirkungen auf die Lebendigkeit einer Gesellschaft. Dazu noch eine Zahl: Mitte der 60er-Jahre waren ungefähr 28 Prozent der Studierenden weiblich, heute sind es über 50 Prozent. Allein schon daran sieht man, dass sich da Gewaltiges ereignet hat.

MÖLLER: Wieweit haben sich über das Geschlechterverhältnis hinaus, oder auch durch Änderungen in diesem Verhältnis bedingt, weitere Lebensweisen verändert?

WOLFRUM: Man kann sich neue Lebensformen nur erschließen, wenn man schon Bekanntschaft mit ihnen gemacht hat. Je weiter der Horizont, desto stärker entwickeln sich auch Bedürfnisse, Partizipationsbegehren, wenn Sie wollen. Insofern ist das Diktum von Dahrendorf „Bildung ist Bürgerrecht“, weil damit eine stärkere Partizipation und mehr Demokratie hergestellt werden kann, für diese Zeit schon sehr signifikant. Dann veränderten sich natürlich auch akademische Berufsbilder, plötzlich spielten neue Werte eine Rolle, beispielsweise ein Wert wie „Lebensqualität“. Solche „immateriellen“ Werte können natürlich vor allem dann

gedeihen, wenn die materielle Basis, das heißt, wenn das Einkommen stimmt. Wenn man ständig bloß von der Hand in den Mund lebt, dann wird man wenig über Freizeit und über Lebensqualität reden, sondern über das Überleben an sich. Aber wenn durch wirtschaftliche Prosperität und durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates solche Grundwerte gesichert sind, kann man sich Dingen wie dem Ausbau der Lebensqualität, der Humanisierung der Arbeitswelt und anderem zuwenden. Entwicklung und Ausbau solcher Werte wären ohne die Bildungsexpansion und ohne den Ausbau von Bildungschancen seit den 60er-Jahren kaum zu ermöglichen gewesen.

MÖLLER: Man könnte also dahingehend zusammenfassen, dass am Ende des Zeitabschnitts, den wir behandeln, im Westen eine recht optimistische Grundhaltung besteht. Es scheint vieles möglich zu sein, der Horizont ist offen. Spätestens 1973 erleben wir dann mit der Ölpreiskrise jedoch eine regelrechte Zäsur. Es tauchen erhebliche Zweifel am wirtschaftlichen Wachstumskurs auf, gleichzeitig geraten die Folgen des Wachstums in den Blick. 1979 erscheint dann von Kurt Sontheimer die zeitkritische Diagnose „Die verunsicherte Republik“. Ist das die Kehrseite der gewonnenen individuellen und politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten im Westen: die Unsicherheit?

WOLFRUM: Bis 1973 haben wir – der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm hat es mal so ausgedrückt – ein kleines „goldenes Zeitalter“. Es schien immer nur nach vorn zu gehen, immer nur aufwärts, Wohlstandsexplosion, Boom, Prosperität, Konsum – und dann plötzlich dieser ganz scharfe, gravierende Einschnitt, ausgelöst durch die Ölpreiskrise. Es begann damit im Grunde genommen eine neue Epoche, eine Ära der Verunsicherung. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung von Mentalitäten, weil man plötzlich sieht: Die Welt ist risikoreich. Es geht nicht mehr nur nach oben, man hat auch nicht nur das Ende der Fahnenstange erreicht, sondern es geht sogar scharf nach unten. Arbeitslosigkeit konnte jeden treffen. Umweltkatastrophen kamen hinzu. Und man wird sich bewusst, auch von fremden Mächten abhängig zu sein, zum Beispiel von den Ölscheichs am Golf, die den Lebenssaft der Industriestaaten, das Öl, abdrehen. Dies alles bedeutete eine ganz neue Bedrohung, die die Menschen selbst nicht steuern konnten. Die Freiheit, die wir gewonnen haben – dies ist die neue Erkenntnis, die Mitte der

70er-Jahre ins Bewusstsein drängt – birgt auch ein gravierendes Risikopotenzial. Nicht mehr „verändern“ wie in den Jahren zuvor, lautete von nun an die Devise, sondern „bewahren“. Dieser scharfe, Mitte der 70er-Jahre bewusst gewordene Bruch dauert bis heute an: eine nachhaltige Verunsicherung der Gesellschaft und des Einzelnen. Das Diktum von Kurt Sontheimer, welches Sie erwähnt haben, „Die verunsicherte Republik“, rekurriert außerdem in erheblichem Maße auch auf den RAF-Terrorismus, der die Republik von innen bedroht und verunsichert hat. Man wurde sich seit Mitte der 70er-Jahre bewusst, dass Freiheit auch Risiko bedeutete und dass dieses Risiko nicht steuerbar war, weil es von außen kam: von fremden wirtschaftlichen Mächten einerseits oder zum Beispiel auch in Form des internationalen Terrorismus; ich möchte nur an die Olympiade 1972 in München erinnern, den Anschlag durch das Palästinenserkommando „Schwarzer September“. So etwas ist nicht steuerbar, das verunsichert und führt zu Mentalitätsumbrüchen. Man darf jedoch nicht vergessen, dass es insgesamt eine Situation ist, die auch zu neuem Anspruch auf Partizipation führen kann. Es ist eben nicht so, dass plötzlich alle Menschen den Kopf in den Sand gesteckt hätten. Vielmehr können wir gerade in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen beobachten. Der Wunsch nach Partizipation ist also nicht verschwunden oder gar im Zuge der Krise zerrieben worden, er suchte sich nur „neue Gefäße“: weg von den politischen Parteien, hin zu Bürgerinitiativen, zur Umweltbewegung, zur Frauenbewegung, zur Friedensbewegung und anderen mehr. Das ist eigentlich das Aufregende an den 70er-Jahren: einerseits die Verunsicherung, andererseits aber doch der Wunsch nach Teilhabe und Einmischung in Belange außerhalb bisher gekannter Organisationen und Institutionen.

MÖLLER: Sprechen wir jetzt nur über ein westliches Phänomen oder gibt es analoge Brüche, Zäsuren, Partizipationsverlangen zu dem Zeitpunkt auch in der DDR?

WOLFRUM: Die Ölpreiskrise erfasste auch die DDR und den gesamten Ostblock mit langfristig noch verheerenderen Folgen. Das Problem für die DDR sollte werden, dass die Sowjetunion mit ihren Energielieferungen, etwas zeitversetzt, ebenfalls sparsamer verfuhr, weil sie selbst Devisen brauchte und nicht mehr alles so relativ kostengünstig an die DDR und andere „sozialistische Bruderländer“ abgeben konnte. Dennoch war der

mentale Einschnitt für die DDR nicht so gewaltig wie für den Westen. Für die DDR-Führung wurde etwas anderes viel problematischer, das fast schon subversiven Charakter und schwer zu überschauende Folgen hatte, nämlich die Neue Ostpolitik der bundesdeutschen Regierung. Man kann diese Neue Ostpolitik unter verschiedenen Lesarten interpretieren. Man kann sie aber in jedem Fall auch als subversiven Versuch lesen, die DDR und den Ostblock von innen auszuhöhlen. Eine „Aggression auf Filzlätschen“ nannte sie ein SED-Genosse einmal, und dies mit vollem Recht. Gerade der KSZE-Prozess seit 1975 hat zum Beispiel die Dissidenten im gesamten Ostblock erheblich gestärkt. Die Staatschefs des Ostblocks hatten ihre Unterschrift auch unter einen Katalog von Menschenrechtsfragen gesetzt. Diejenigen osteuropäischen Dissidenten, die seither auf die Einhaltung von Menschen- und Freiheitsrechten pochten, etwa „Charta 77“, waren jetzt in der Weltpresse. Und das hat, politisch gesehen, den Ostblock langfristig unterminiert. Die Bedrohungen für die DDR kamen somit eigentlich von einer ganz anderen Seite. Einerseits war die SED froh, endlich völkerrechtliche Anerkennung erhalten zu haben, ein alter Traum ging in Erfüllung, andererseits musste sie Freiräume für Dissidenten zugestehen und konnte nicht verhindern, dass diese über die westlichen Medien Öffentlichkeit suchten und fanden. Dies bedrohte das SED-Regime.

Was nun die neuen sozialen Bewegungen anlangt, so kann man zuge-spitzt sagen, dass das ein ausschließlich westdeutsches Phänomen war. Es gibt eine solche Bewegung in dieser Breite in keiner anderen westlichen Gesellschaft, weder in Frankreich noch in Italien oder anderswo, und erst recht nicht in der DDR. Man kann es im Übrigen bis heute noch nicht zur Genüge begründen und erklären, warum gerade in Westdeutschland die neuen sozialen Bewegungen im Vergleich zu anderen westlichen Industriegesellschaften derart stark geworden sind.

MÖLLER: Ich würde zum Ende unseres Gesprächs ganz gerne noch mal den Horizont etwas über die 60er-/70er-Jahre hinaus erweitern. Eigenschaften und Werte, die in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre und dann später auch noch im Zuge der neuen sozialen Bewegungen ausgebildet wurden, wie zum Beispiel Autonomiestreben, das Setzen auf Mobilität, Kreativität, die Fähigkeit Netzwerke zu bilden – das alles war in der Bundesrepublik ursprünglich mit einer Kritik am bestehenden System des Kapitalismus

untrennbar verbunden. Auffallend ist, dass eben diese Werte – und darauf haben explizit die französischen Sozialwissenschaftler Luc Boltanski und Ève Chiapello in ihrem Werk „Der neue Geist des Kapitalismus“ hingewiesen – seit den 80er-Jahren zu Leitbegriffen der Wirtschaft avancieren. Endet das systemkritische Potenzial einer emanzipatorischen Bewegung damit zu guter Letzt als Stabilisator der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse?

WOLFRUM: Das ist eine interessante Frage. Man könnte ja sagen, der „Marsch durch die Institutionen“ war erfolgreich, das Projekt ist gelungen. Man ist jetzt oben angekommen – generationell gesehen – und weicht mit seinen alten Ideen und Werten diesen Kapitalismus von innen auf oder treibt ihn voran. Es ist schwierig zu beantworten. Der Kapitalismus unterlag und unterliegt ja auch ständigen Wandlungen, er ist nicht der gleiche, den wir in den 60er- und 70er-Jahren hatten. Neue Ideen dringen in ihn ein. Aber man kann schon sagen, dass viele, die 1968 auf die Straße gegangen sind, dann in den 80er-Jahren plötzlich in den Führungsetagen der Politik oder auch der Wirtschaft zu finden waren, dort auch einen Teil ihrer alten Vorstellungen und Leitbegriffe mit hineingebracht haben. Joschka Fischer ist immer das beste Beispiel dafür. Ich würde dennoch vor der einfachen Schlussfolgerung warnen: Der Kapitalismus hat gesiegt, und wir haben heute das System Turbokapitalismus, Stichwort: weltweite Globalisierung. Dieser Kapitalismus, den wir heute erleben, hat mit anderen Kapitalismen im 19. und im frühen und mittleren 20. Jahrhundert nicht mehr allzu viel gemein. Ich würde eher sagen, dass er zumindest in Westeuropa recht gezähmt und sozialdemokratisiert worden ist, dass wir es mit ganz neuen Formen von Kapitalismus zu tun haben. Und dieser Kapitalismus, von dem wir heute reden, wird von ganz unerwarteten Seiten plötzlich angegriffen, nämlich quasi neomarxistisch, wenn man es mal so nennen will, von lateinamerikanischen Gesellschaften und Führern. Also, der Ausgang dieser Geschichte ist noch nicht entschieden.

MÖLLER: Dass es vielfältige Verflechtungen in der Geschichte der beiden deutscher Staaten gibt, ist kaum zu bezweifeln. Die Forschung entwickelt dazu auch in den letzten Jahren verstärkt neue Fragestellungen. Würden Sie erwarten, dass für die 60er- und 70er-Jahre – unter dem Gesichtspunkt von Wertewandel und Mentalitätsumbrüchen – eine Fokussierung auf die Verflechtung beider deutscher Staaten, verbunden

mit vergleichenden Analysen, die Forschung noch einmal entscheidend voranbringen kann? Oder würden Sie es eher so einschätzen, dass die jeweilige Blockzugehörigkeit doch so übermächtig war, dass der Reaktion beider deutscher Staaten aufeinander oder auch gegeneinander keine entscheidende Rolle zukommt?

WOLFRUM: Wenn man sich nur auf den Begriff der Verflechtung stützen wollte, wäre ich skeptisch. Es müsste immer beides betrachtet werden, nämlich Verflechtung *und* Abgrenzung. Dieses Programm, eine gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte zu schreiben, ist ja vielleicht volkspädagogisch sinnvoll, wissenschaftlich habe ich aus den von Ihnen angesprochenen Gründen aber eher Bedenken. Ich glaube auch, dass die Bindeglieder der Gesellschaften im Laufe der vierzig Jahre immer stärker nachließen. Natürlich haben wir zwei Staaten und *eine* Nation. Wir sprechen deutsch, wir haben vielfältige familiäre Bindungen, aber die werden im Zeitverlauf immer schwächer. Und ich glaube, die Perspektive nach 1989/90 sollte einmal eine andere sein: nicht weiter zu klagen über die Fremdheit der Deutschen untereinander; was ich viel erstaunlicher finde, ist die Tatsache, dass nach vierzigjähriger Teilung doch noch so viel Gemeinsames vorhanden ist, trotz der versuchten Abgrenzungspolitik, eines Abgrenzungsrigorismus vor allem des Ostens. Dass dieser fehlschlug, lag an den Medien, vor allem am Fernsehen. So konnten die Ostdeutschen Abend für Abend vor den Bildschirmen kollektiv ausreisen. Dennoch habe ich insgesamt den Eindruck, dass die Deutschen am Ende noch einmal Glück hatten, die Wiedervereinigung passierte zum letztmöglichen Zeitpunkt, als sich die Deutschen West und die Deutschen Ost noch halbwegs etwas zu sagen hatten; zehn oder 15 Jahre später wäre die Abgrenzung sicher noch sehr viel stärker gewesen und hätte ein Zusammenwachsen beinahe unmöglich machen können. Ich würde deshalb über die doch unverhofft erfolgreiche historische Entwicklung lieber staunen und nicht die Erwartung so hoch hängen. Vierzig Jahre Trennung sind eben eine unglaublich lange Zeit gewesen. Wir stehen jetzt vor einer Generationenaufgabe.